

Michael Opielka

## **Die groben Unterschiede**

Der Wohlfahrtsstaat nach Parsons und Luhmann

*leicht gekürzt erschienen in: Hellmann, Kai-Uwe/Fischer, Karsten/Bluhm, Harald (Hrsg.), Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie, Opladen: Westdeutscher Verlag 2003, 239-254*

Nach Parsons und Luhmann - aus Sicht der Sozialpolitikforschung macht das keinen großen Unterschied zu *vor* Parsons und Luhmann, jedenfalls sofern man die Rezeptionsgeschichte betrachtet. Man kann nicht sagen, dass Parsons oder Luhmann nicht erwähnt würden; je belesener die Autoren sind und je mehr sie ahnen, dass es sich bei Sozialpolitik- oder Wohlfahrtsstaatsforschung um ein zentrales Feld der Gesellschaftsanalyse handelt, desto eher werden sie erwähnt. Größere Publikationen, gar Forschungsprogramme auf dem Gebiet der Sozialpolitik, die sich auf Parsons oder Luhmann beziehen, sind freilich nicht bekannt geworden. Diese Lücke wiegt schwer für die Sozialpolitikforschung. Sie könnte aber auch für die Soziologie spürbar werden, wenn diese nämlich erkennt, dass ein zeitgemäßer Gesellschaftsbegriff ein Wohlfahrtsstaatskonzept voraussetzt.<sup>1</sup> Natürlich wird diese Lücke nur dort gesehen, wo man Parsons und Luhmann kennt und weiß, dass die moderne soziologische Theorie auch auf ihren Schultern steht.

Nachfolgend wird in einem ersten Schritt der Beitrag von Talcott Parsons zur Theorie der modernen Gesellschaft in Erinnerung gerufen werden (1.). Parsons gab eine Reihe von Hinweisen, wie und wo der Wohlfahrtsstaat in der modernen Gesellschaft verortet werden kann. Auf drei dieser Hinweise wird kurz eingegangen: auf sein Konzept des Systemfunktionalismus und seine Gesellschaftstopographie des AGIL-Schemas, auf die damit verbundene Evolutionstheorie der Gesellschaft und schließlich auf sein Konzept der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“, das für die Sozialpolitikanalyse von erheblicher Bedeutung zu sein scheint. In einem zweiten Schritt wird Niklas Luhmanns Beitrag zur Wohlfahrtsstaatstheorie beleuchtet (2.). Dabei sollen drei Aspekte herausgegriffen werden: die Funktionsbestimmung Inklusion/Exklusion, das Problem der Autopoiesis des Wohlfahrtsstaates und die Frage nach seinen strukturellen Kopplungen. Parsons' und

---

<sup>1</sup> Dies scheint unterdessen der Fall zu sein. Dafür spricht das Thema des Deutschen Soziologentags 2002 in Leipzig, „Entstaatlichung und soziale Sicherheit“, der erste allgemeine Soziologiekongress, der die Sozialpolitik in sein Zentrum stellt (zum Stand der Diskussion vgl. Bleses/Vobruba 2000, Lessenich 2000). Für kritische Hinweise zu früheren Fassungen danke ich Karsten Fischer.

Luhmanns Beitrag werden dann kurz gewürdigt und befragt. Schließlich soll ein eigenständiger Vorschlag skizziert werden, der vor allem auf Parsons' AGIL-Theorie zurückgreift (3.).

## 1. Sozialpolitik mit Parsons

An einer der wenigen Stellen in der von Parsons verfassten oder auf ihn bezogenen Literatur, die sich explizit dem Thema der Sozialpolitik zuwenden, heißt es bei Robert J. Holton und Bryan S. Turner – auch als Argument dafür, dass Parsons' Theorie eben „not abstract“ sei – : „Parsons produced a great variety of essays and occasional papers (often relating to ‚social problems‘ in American Life) which are clearly ‚empirical‘ with strong implications for social policy. This neglected feature of Parsonian sociology ought to be taken far more seriously “ (Holton/Turner 1986, S. 14). Wenn man weiterliest, wird ein sehr weiter Begriff von „social policy“ sichtbar: er umfasst alle Politikfelder, die sozialpolitische Wirkungen haben, von der Wohnungspolitik, der Gesundheits- über die Wirtschaftspolitik bis zur Einbürgerungspolitik. Das ist auch anglo-amerikanische Tradition. Nun war das sicher kein Zitat aus dem anspruchsvollsten Versuch, sich mit Parsons Beitrag zur Gesellschaftsanalyse auseinander zu setzen. Doch auch diese Versuche – in Deutschland ist vor allem Richard Münch zu nennen – konnten oder wollten bei Parsons keine selbst noch so weite Sozialpolitikkonzeption entdecken, allenfalls Implikationen für eine solche. Man könnte sie freilich durchaus finden. Das würde voraussetzen, dass man sich auf die komplizierte Theoriearchitektur vor allem des späteren Parsons einlässt. Darunter ist der Parsons des AGIL-Schemas zu verstehen, dessen Endfassung er in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts veröffentlichte, insbesondere in seinen Reflexionen zur „Human Condition“ (vgl. Parsons 1978).<sup>2</sup>

In Kapitel 4 – „Values and other structural features of the societal community“ – des bis heute leider unveröffentlichten Buches „The American Societal Community“ (Parsons 1979) diskutiert Parsons (ebd., Kap. 4, S. 14ff.) die Dreistufentheorie der Bürgerschaft

---

<sup>2</sup> Wir können uns hier nicht auf die hochkomplexe Werk- und Rezeptionsgeschichte der Parsonsschen Theorie einlassen, vgl. Wenzel 1991, aktualisierend: Wenzel 2002, sowie neuerdings enzyklopädisch im Kontext anderer Klassiker Münch 2002; zur Parsons-Rezeption in der Soziologie Gerhardt/Barber 1999.

in Thomas H. Marshalls Soziologie des Wohlfahrtsstaats (vgl. Marshall 1992): bürgerliche Rechte im 18., politische Rechte im 19. und soziale Rechte im 20. Jahrhundert (zuerst in Parsons 1969, S. 50f. und in seinem klassischen Aufsatz Parsons 1969a). Analytisch und zugleich programmatisch verknüpft er Marshalls drei Entwicklungsstufen mit den Dimensionen seines systemfunktionalen AGIL-Schemas: die „legal citizenship“ mit der adaptiven Funktion (A, „adaption“), hier handelt es sich um die Sphäre der Rechte und Verpflichtungen, der örtlichen, territorialen Geltung von Normen, letztlich auch der Voraussetzung ökonomischen als vertraglichen Handelns. Auf der zweiten Ebene („I“ wie integration) sieht er Marshalls Konzept der „political citizenship“ vor allem mit dem Wahlrecht verknüpft. Die politische Bürgerschaft ist politisch im engeren Sinn: geheime, allgemeine und gleiche Wahlen, aber auch nur politisch-historisch erklärbare Widersprüche wie die Tatsache, dass eine „Stimme“ (vote) in bevölkerungsarmen Staaten weitaus einflussreicher ist wie diejenige in den großen Teilstaaten (z.B. Kalifornien) - ein Problem, das auch die EU kennt und das das Prinzip *one man, one vote* unterminiert. Die dritte Komponente der Bürgerschaft ist für Marshall die „social citizenship“: „This component most directly concerns what has come to be called the ‚welfare state‘.“ (ebd., S. 19) Hier geht es vor allem um das Individuum in seinen Kontexten und um die Gestaltung dieser Kontexte, politisch in den USA zur Zeit jener Schrift fokussiert im Department „Health, Education, and Welfare“ der Bundesregierung. Familien und Haushaltssituationen, Gesundheitsdienste und das Erziehungssystem sind politisches Gestaltungsfeld. „To borrow a term from legal usage, we may say that the social or the welfare complex is concerned above all with the ‚substantive‘ aspects and conditions of effective citizenship under the value system of society as a whole, on the one hand, and of the societal community, on the other.“ (ebd.) Parsons weist darauf hin, dass hier, im gemeinschaftlichen Feld der Gesellschaft („I“-Funktion, „integration“), zum Teil organisiert im Wohlfahrtsstaat, früher in Familie und Verwandtschaftssystemen erbrachte Funktionen der Lebenslaufgestaltung ausdifferenziert und institutionalisiert werden. Zwar beinhalten diese sozialpolitischen Institutionen auch ökonomische Aspekte, sie müssen jedoch vom Wirtschaftssystem unterschieden werden: „Thus the primary criterion separating the differentiated economic system of the society from the ‚economies‘ of other subsystems, like families, hospitals, universities, churches, and governmental units, is that the latter are not subject to the standard of solvency in the sense that a business firm is subject to it “ (ebd., S. 20). Man könnte – Parsons macht das noch nicht

– im doppelten Sinn von einem „Hilfesystem“ der Gesellschaft sprechen (vgl. Opielka 1999a). Denn diese Teilsysteme müssen zwar betriebswirtschaftlich erfolgreich handeln. „But when they fail to do so, unlike the case of a firm, the presumption is not that they should be liquidated, but rather that they should be ‘helped’ to continue to function. This of course is the focus of the vast and disturbing problem of ‘relief’ or welfare policy.” (ebd., S. 21)

Schließlich erweitert Parsons in seinem Text aus 1979 die Marshallsche Dreiheit um eine vierte, nämlich die „cultural component“. Dieser vierte Aspekt der modernen Bürgerschaft bezieht sich auf die Ebene der Werte (das „L“-Element des AGIL-Schemas: „latent pattern maintenance“) und definiert die Bedingungen der Solidarität, die in der gesellschaftlichen Gemeinschaft institutionalisiert werden. Parsons hat dies, ausführlich in dem zitierten Manuskript, aber auch an vielen anderen Stellen, als „institutionalisierten Individualismus“ bezeichnet. Er ist der „mode of solidarity“, mit dem moderne Gesellschaften in ihrer gesellschaftlichen Gemeinschaft das Problem der Integration zu lösen versuchen. Die „kulturelle Bürgerschaft“, „cultural citizenship“, bildet damit - Parsons zitiert Webers Begriff - die „Wertbeziehung“ der modernen Gesellschaften (vgl. auch Gerhardt 1998). Er findet seinen institutionellen Ausdruck in den „fiduciary associations“, in den deutschen Übersetzungen spricht man von „Treuhandischen Assoziationen“, beispielweise den Universitäten, aber Parsons zählt dazu auch die Regierung der Vereinigten Staaten „if its citizen body be included“, wobei ihre politischen, wahlbezogenen und administrativen Organe den „interest structures“, also dem politischen Subsystem der Gesellschaft im engeren Sinn zugerechnet werden müssen.

Ich möchte damit den Blick auf Parsons’ gesellschaftliche Verortung der Sozialpolitik zunächst abschließen. Es dürfte deutlich geworden sein, dass er eine Art systemischer Topographie der Gesellschaft zeichnet. In ihr kommt dem Wohlfahrtsstaat ein wichtiges – allerdings nicht das einzige – Moment der Institutionalisierung der „societal community“ zu. Er hätte nun auch untersuchen können wie im Politiksystem der Gesellschaft die Sozialpolitik eingebaut ist. Möglicherweise geschah dies nicht, weil die Sozialpolitik in der amerikanischen Gesellschaft bis in die siebziger Jahre hinein – trotz „New Deal“ – der allgemeinen Soziologie als residuales, vor allem auf die Armenpolitik bezogenes Politikfeld schien. Erst neuerdings wird von einigen Parsons-Forschern auf die

Implikationen seiner Soziologie für die Analyse des Wohlfahrtsstaates aufmerksam gemacht. So fragen Uta Gerhardt und Bernard Barber: „In what way can citizenship be regarded as central for the community that encompasses both the modern welfare state and the market economy?“ (Gerhardt/Barber 1999, S. 38). Während dieser Frage die undiskutierte Zuordnung des Wohlfahrtsstaats zum Politiksystem zugrunde liegt (an die später Luhmann anschließen wird), macht ihr Verweis (ebd., S. 48) auf Richard Münchs Aufsatz in dem von Ihnen editierten Band eine komplexere parsonianische Fragestellung deutlich. Münch analysiert Parsons' Konzept der sozialen Ordnung, vor allem in dessen Schriften nach 1960, und unterscheidet darin zwei Dimensionen: zum einen die sozialen Rechte („rights of citizens“), zum anderen „social solidarity“, das heißt eine Ressourcenverteilung im Lichte gemeinsamer Bindungen an Herkunft und Identität (vgl. Münch 1999). Nur die gemeinsame Verwirklichung beider Dimensionen der sozialen Ordnung führt zu gesellschaftlicher Integration, sie können sich aber auch in verschiedene Richtungen entwickeln und damit ihre Wohlfahrtseffekte für das Individuum gefährden. So sind soziale Rechte das Rückgrat einer Bürgergesellschaft. Sie können aber auch zu puren ideologischen Behauptungen degenerieren, wenn sie nicht von tatsächlicher Solidaritätserfahrung zwischen den gesellschaftlichen Gruppen gedeckt sind. Münch warnt vor den Gefahren der Partikularisierung, wenn eine politische Rhetorik universalistische Partizipation reklamiert, in Wirklichkeit jedoch knappe Ressourcen ungleich verteilt sind. Man könne dann, so Münch in einem Analogon, von einer „Inflation sozialer Rechte“ sprechen, die alsbald in ihre „Deflation“ zu münden drohe. Allein der reformierte Wohlfahrtsstaat könne hier eine Lösung anbieten: „The old social policy itself has contributed to stabilizing the existence of groups of long-time outsiders. The new social policy must be geared towards the dissolution of this milieu and the inclusion of all citizens into society by an active participation in its life. (...) This policy no longer considers social integration a support to a milieu of poverty which creates outsiders in the long run, but rather is a policy of inclusion which aims at the active participation of those which are supported in social life and offers re-integration programs to this end. (...) In future, this task must be accomplished in the framework of a global multi-level democracy which combines the pluralism of life styles into an harmonious patchwork quilt of the cultural traditions of good life.“ (Münch 1999, S. 231f.) Ob eine solche, „harmonische“ Wohlfahrtspolitik realistisch ist, soll hier nicht diskutiert werden. Interessant sind die theoretischen Begründungen: „Inklusion“ der Einzelnen, „Integrati-

on“ der Gesellschaft und die Balance der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“ sind für Münch die zentralen Konzepte einer parsonianisch begründeten Gesellschaftstheorie, in der die Sozialpolitik einen, wenngleich noch vagen, Ort findet.

Ein erstes Resümee zur sozialpolitikwissenschaftlichen Relevanz von Talcott Parsons wird verhalten ausfallen müssen. Er selbst und einige wenige seiner Schüler oder Nachfolger haben sich mit dem Wohlfahrtsstaat nur peripher beschäftigt. Eine gewisse Anschlussfähigkeit ist aber erkennbar. Die sozialpolitische Forschung wiederum hat von Parsons' Theoriearchitektur bislang kaum Notiz genommen.

## 2. Sozialpolitik mit Luhmann

Eine systematische, freilich von Parsons zunehmend unterschiedene Konzeption von Sozialpolitik findet sich bei Niklas Luhmann. Da und dort im Kontext seiner frühen politisch-soziologischen Schriften angedeutet, stellte er in seinem Buch „Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat“ das „kompensatorische Prinzip“ als „Logik“ des Wohlfahrtsstaates in den Mittelpunkt (Luhmann 1981, S. 8). Der Sozialstaat werde nämlich unzureichend begriffen, wenn man ihn nur „als einen Staat“ verstehe, „der auf die Folgen der Industrialisierung mit Maßnahmen der sozialen Hilfe reagiert“ (ebd., S. 7). Luhmann hat sich zu jener Zeit in die Reihe der Bürokratie- und Anspruchskritiker eingereiht: „Mit dem Begriff der Kompensation wird, sobald er als Anspruchsgrundlage anerkannt und praktiziert wird, jene Eigendynamik in Gang gebracht, die vom Sozialstaat zum Wohlfahrtsstaat führt, die schließlich nichts mehr ausnimmt und sich selbst verzehrt – wenn nicht eben dies gesehen und die gedankliche Figur aufgegeben wird.“ (ebd., S. 9) Diese Art „Theorie des Wohlfahrtsstaates“ ist – wir erinnern den Kontext: im selben Jahr wurde das damals hoch umstrittene „Lambsdorff-Papier“ zum recht radi-

---

<sup>3</sup> Rieger kehrt die Webersche Differenz zwischen empirisch beobachtbaren Gesetzmäßigkeiten und (nur) verstehend deutbaren Idealtypen schlicht um, wenn er gegen die vergleichende Typologie idealtypischer Wohlfahrtsregimes bei Esping-Andersen einwendet: „Sie sind aber, anders als Esping-Andersen suggeriert, als Vorstufen der Theorie Instrumente theoretischer Analyse, und nicht die Theorie selbst.“ (Rieger 1998, S. 76) Er plädiert für konkrete Institutionenanalyse (- die sicherlich sinnvoll ist -) und unterstellt Idealtypen per se Reifikation: „Die Richtigkeit idealtypischer Konstrukte kann nicht bewiesen werden. Sie sind kein Mittel kausaler Analyse, und sie sind auch keine Theorie.“ (ebd., S. 79) Ob diese Argumentation wissenschaftstheoretisch haltbar wäre, steht dahin.

kalen Abbau des Sozialstaats veröffentlicht – zugleich politisches Programm. Luhmann sagt in ungewöhnlich interventionistischer Sprache: „Politische Theorie für den Wohlfahrtsstaat“ (ebd., S. 11).

Allerdings möchte er den Wohlfahrtsstaat mit seiner wissenschaftlichen Streitschrift nur einschränken, nicht zerstören. Dagegen spricht schon das von ihm hochgehaltene Prinzip der Inklusion: „Die Realisierung des Inklusionsprinzips im Funktionsbereich von Politik führt in ihren Konsequenzen zum Wohlfahrtsstaat. Wohlfahrtsstaat, das ist realisierte politische Inklusion.“ (ebd., S. 27) Ärgerlicherweise, so Luhmann, ist diese Inklusion zunächst grenzenlos, immer neue Probleme werden zum Inklusionsprojekt: „sichere Bootsstege für Sonntagssegler, Heißlufthändetrockner in öffentlichen Toiletten usw.“ (a.a.O.) Heute kommt das sichere Rindfleisch dazu oder die Rückführung von entführten Deutschen aus tropischen Urlaubsparadiesen. „Schon jetzt hat die Politik es ständig mit *selbstgeschaffenen Wirklichkeiten* zu tun“ (ebd., S. 10), heißt es polemisch und schließlich: „In der heutigen Situation kommt es vornehmlich darauf an, etwas anderes an die Stelle der Illusion des Wohlfahrtsstaates zu setzen.“ (ebd., S. 147) Was das konkret sein solle, blieb vor 20 Jahren allerdings undeutlich. Weniger Politikabhängigkeit des Bürgers zum Beispiel. Mehr Selbsttätigkeit der Bürger. Mehr Eigenverantwortung der anderen gesellschaftlichen Teilsysteme für das Wohlergehen der Bürger. Modern gesprochen: mehr Bürgergesellschaft und weniger Wohlfahrtsstaat. Aber es blieb undeutlich, wie das mit Inklusion einhergehen kann.

Im Laufe der Zeit wurde das klarer. Rudolf Stichweh hat beispielsweise das theoretische Postulat der Systemtheorie (auch und gerade Luhmanns) als „Vollinklusion aller Gesellschaftsmitglieder in jedes der Funktionssysteme“ (Stichweh 1998, S. 541) beschrieben und zugleich beobachtet, dass es genau dazu oft nicht kommt, oder anders formuliert: „Die These der Vollinklusion scheint also eine Konstitutions- und Selbstreflexionsebene des Systems zu meinen, die nicht automatisch mit Selbstverwirklichungsmöglichkeiten ausgestattet ist“ (ebd., S. 542). Stichweh ist nun auf der Höhe der letzten Luhmannschen Theoriestufe. Er beobachtet in der Politik „zwei Inklusionsmodi“, nämlich die demokratische Inklusion – zur Erinnerung: bei Parsons war das die zweite von vier Stufen der citizenship – und eine „Zweitinterpretation, die Sozial- oder Wohlfahrtsstaatlichkeit heißt“ (ebd., S. 543). Diese, „die inklusionsvermittelnde Funktion des

Wohlfahrtsstaates in andere Funktionssysteme“ (ebd., S. 546) sei wiederum unter den Bedingungen der Weltgesellschaft „geschwächt“, politische Inklusion daher in der „Krise“. Das ist empirisch sicher recht plausibel, wenngleich auch nicht unumstritten, wie zuletzt Neil Fligstein argumentierte (Fligstein 2000). Interessanter ist hier freilich die theoretische Seite des sozialpolitischen Hinweises. Denn während die Parsonssche Fassung der Systemtheorie einen systematischen Zugang zur Gesellschaft anbietet – Kritiker könnten natürlich sagen: suggeriert -, scheint sich der Wohlfahrtsstaat im Luhmannschen Diskurskontext eher aufzulösen. Auf der mittleren Ebene bietet Luhmann in seinem letzten Buch – wir kommen darauf zurück - einen hilfreichen Hinweis zum Thema Inklusion/Exklusion: „Der Wohlfahrtsstaat erstrebt die Inklusion der Gesamtbevölkerung in das politische System der Gesellschaft. (...) Beim Sozialstaat geht es darum, durch soziale Hilfe oder Sozialarbeit Tendenzen zur sozialen *Exklusion* abzubauen bzw. ihnen vorzubeugen“ (Luhmann 2000, S. 423).

Das von Stichweh angemerkte Dilemma der etwas diffusen Doppelinklusion hat wohl theoretische Gründe. Im Jahr 1988 veröffentlichte Luhmann einen programmatischen Aufsatz mit dem knappen Titel „Warum AGIL?“ (Luhmann 1988), mit dem die Abgrenzung von Parsons und die Konturierung des eigenen Theorieprogramms erfolgt. Zum einen solle, Luhmann zufolge, das AGIL-Schema dazu zwingen „die Figur des ‚Subjektes‘ im neuhumanistisch-anthropologischen Sinne aufzugeben“ (ebd., S. 128). Wichtiger ist für uns Luhmanns Versuch, Parsons’ Intentionen umzudeuten, sie aus einer logischen Doppelhierarchie – Parsons’ Versuch Materialismus und Idealismus dialektisch aufzuheben – in einen „Code des Systems“ (Luhmann 1988, S. 135) zu interpretieren und dann, mit einem Paukenschlag, „das AGIL-Schema als umfassende Theorie aufzulösen und statt dessen verschiedenartige autopoietische Systeme anzunehmen, die sich auf einer Art Materialitätskontinuum konstituieren, das dann, von innen aus gesehen, so etwas wie ‚ultimate reality‘ sein mag. Das sind Systeme des Lebens, des Bewusstseins und der Kommunikation, also zellulär gebildete Systeme, psychische Systeme und soziale Systeme. Wer sich traut, einen vierten Fall für ‚Geist‘ (oder Texte, oder Kultur) anzunehmen, mag dies versuchen.“ (ebd., S. 138f.)<sup>4</sup> Die Folgen jener Ab-

---

<sup>4</sup> Wir haben es hier mit einem Zentralproblem der Luhmannschen Abkopplung von Parsons zu tun, nämlich der Entscheidung gegen eine dialektisch-hierarchische Theorieanlage. Ähnlich, wenn auch mit anderer Begründung und Folge, hat sich Münch gegen die Parsonssche Doppelhierarchie (Information: A ? L / Energie: L ? A) und für eine feldtheoretische Anlage des – von ihm



kehr von AGIL für die Wohlfahrtsstaatsanalyse wären der Verzicht auf eine *Logik* – d.h. auf eine theoretisch bestimmbare Struktur - der Ausdifferenzierung und Interpenetration zugunsten von Autopoiesis und strukturellen Kopplungen, die letztlich nur noch empirisch zu bestimmen wären.<sup>5</sup>

In seinem letzten, posthumen Buch „Die Politik der Gesellschaft“ (Luhmann 2000) gibt Luhmann höchst anregende Hinweise zur Interpretation des Wohlfahrtsstaates, die zum Weiterdenken animieren und in denen – möglicherweise – ein Potential für eine zumindest friedliche Koexistenz des AGIL-Schemas mit den neueren Entwicklungen der Systemtheorie gefunden werden kann. Luhmann beobachtet eine Differenz: Parteien sind für die Identifizierung immer neuer Probleme, für „Varietät“, die Staatsorganisation für ihre ordentliche Bearbeitung, für „Redundanz“ zuständig: „Das insgesamt rasch steigende Varietät/Redundanz-Niveau erhält in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Namen ‚Wohlfahrtsstaat‘“ (ebd., S. 215). Nun geht es „längst nicht mehr nur um kompensatorische Leistungen ‚sozialstaatlicher‘ Prägung“, sondern immer mehr scheint durch den Wohlfahrtsstaat lösbar: „Der Staat wird zum Bezugspunkt der Universalisierung von Politik. Man dokumentiert guten Willen im Bekenntnis zu ‚Werten‘“ (a.a.O.). Die alte Ironie Luhmanns bleibt, aber sie wirkt entspannter, bissig, aber keineswegs mehr böse: „die zur Lösung anstehenden Probleme sind unlösbare Probleme, weil sie die funktional-strukturelle Differenzierung des Gesellschaftssystems in das politische System hineinspiegeln, zugleich aber darauf beruhen, dass das politische System nur ein Teilsystem eben dieser funktionalen Differenzierung des Gesellschaftssystems ist. Mit der Redefinition von unlösbaren Problemen in lösbare Probleme sichert der Wohlfahrtsstaat seine eigene Autopoiesis. Es gibt garantiert immer etwas zu tun.“ (ebd., S. 215f.) Bemerkenswerterweise definiert Luhmann das logische Problem des Wohlfahrtsstaates gegenüber seinem früheren theoretischen Versuch um: während damals noch in einer etwas kruderen, traditionell organisationssoziologischen Perspektive die Kompensati-

---

ansonsten beibehaltenen – AGIL-Modells entschieden (vgl. Münch 1982, 1995). Dagegen lässt nur auf der Ebene der Theoriekonstruktion selbst argumentieren (vgl. ausführlich Opielka 1996). Eine überzeugende, wenngleich bislang noch kaum rezipierte Begründung gegen die Luhmannsche Abkopplung haben Baum und Lechner bereits 1987 in einer Festschrift für Luhmann vorgebracht (vgl. Baum/Lechner 1987).

<sup>5</sup> Um Missverständnisse zu vermeiden: Ausdifferenzierung, Autopoiesis und strukturelle Kopplungen bilden für Luhmann einen Zusammenhang. Das Argument hier zielt auf Luhmanns Verzicht einer Logik – vor allem einer logischen Hierarchie – der Beziehung der gesellschaftlichen Teilsysteme.

onsspirale bemüht wurde, wird nun bemerkt: „das Problem des Wohlfahrtsstaates ist ein rein politisch erzeugtes Problem“ (ebd., S. 216). Denn es ist vor allem ein Problem der „Finanzen“, letztlich von „Interessenkonflikten“ und diese „sind letztlich triviale Konflikte. Sie können vermittelt werden“ (ebd., S. 218). Ganz neue unlösbare Probleme stehen ins Haus: „ethnische Konflikte, religiöse Konflikte, Identitätskonflikte, Konflikte über nicht verhandlungsfähige Werte, Normen, Überzeugungen“ (a.a.O.). Diese „nicht-trivialen“ Konflikte machen den Wohlfahrtsstaat und seine Themen – von der Armut bis hin zum Heißlufthandtrockner – geradezu gemächlich: jetzt drohen „bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen“, denen „wirtschaftliche Konsequenzen“ und auch das Leiden der Menschen gleichgültig sind. Luhmann skizziert ein hochproblematisches Bild zerfallender, postwohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen, wenn die Werte- und Normenkonflikte nicht gelöst werden können. Dass und wie aber beides – der wohlfahrtsstaatliche Konsens und das Problem der Wertintegration systematisch zusammenhängen, hatte – mit Verlaub – Parsons klarer gesehen.

Praktisch freilich kommt Luhmann am Ende seines Buches auf versöhnliche Töne. Er beobachtet, dass die Menschen im allgemeinen dem Wohlfahrtsstaat freundlich gegenüberstehen, während die Skepsis vor allem bei den politischen Eliten gärt. Zwar noch etwas kritisch, vor allem aber analytisch macht er auf eine bedeutende Entwicklung aufmerksam: „Die alte, den Erwachsenen definierende Einheit von Mündigkeit und Selbstreproduktion ist aufgegeben worden. Statt dessen wird Mündigkeit unter dem Namen Emanzipation ideologisch und politisch – also *von anderen* verlangt, und die Zumutung, dies durch Selbstreproduktion zu erreichen, ist aufgegeben worden.“ (ebd., S. 427) Das sei noch nicht zwingend „Infantilisierung“, da ja auch der Kindesstatus uneindeutig werde. Weil sich aber ein „traditionelles Merkmal des Erwachsenenseins aufgelöst habe“, werden Identitätsprobleme mit endemisch. Diese Folgen der wohlfahrtsstaatlichen Dekommodifizierung werden von Luhmann noch gar nicht bewertet. Es ist so. Hier setzen ganz sicher wesentliche Fragen an, auf die er nicht mehr einging. Wie zum Beispiel die Frage, ob die in den vergangenen fünfzehn Jahren vielfach geforderte Entkopplung von Arbeit und Einkommen, markiert in den Vorschlägen einer Negativen Einkommenssteuer und eines allgemeinen Grundeinkommens (vgl. Opielka 2000), auf diese Tendenz funktional und adäquat antwortet – im Sinne einer politischen Inklusion in den Konsumzusammenhang -, oder schlicht nur einem Trend hinterherläuft, der mo-

ralische Probleme als Folge zeitigen könnte. Lösbare „Restprobleme“ gibt es aber auch noch: die vorwohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen der Exklusionsverhinderung oder –verringering – also des „Sozialstaats“ laut Luhmanns Terminologie – sind durchaus noch theoretisch und politisch relevant: „denn die absehbare Notwendigkeit, den Wohlfahrtsstaat zurückzuschneiden, sollte nicht dazu führen, eine Lawine der Exklusionen auszulösen“ (ebd., S. 427f.). Man beachte das „sollte“.

Die Fruchtbarkeit von Luhmanns Systemtheorie für die soziologische Sozialpolitik ist bislang noch kaum erwiesen. Die einen, wie beispielsweise Manfred G. Schmidt, bestreiten sie: „Ihr Verzicht auf Institutionen und Handelnde macht sie untauglich für den deskriptiven und explanatorischen interkulturellen Vergleich. Doch dadurch schneidet sich diese Theorie von einer wichtigen Erkenntnisquelle ab“ (Schmidt 2001, S. 23). Andere, wie Franz-Xaver Kaufmann, sehen vor allem in Luhmanns Konzept der funktional und nicht (wie noch bei Parsons) moralisch-rechtlich begründeten „Inklusion“ einen unverzichtbaren Beitrag (vgl. Kaufmann 2000, S. 175f.). Stichweh sieht in der funktionalen Differenzierung „die zentrale empirische Hypothese des Luhmannschen Werks“ (Stichweh 2002, S. 225). Wir haben weiter oben – in Verteidigung des Parsonsschen AGIL-Schemas - bereits diskutiert, dass gegen Luhmanns These, wonach die heutigen Makrosystemen wie Recht, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft etc. „zueinander in einem Verhältnis extremer sachlicher Diversität stehen, so dass sie prinzipiell nicht mehr in eine Rangordnung gebracht werden können“ (ebd., S. 224), gute Gründe vorliegen. Sachliche Diversität und Unreduzierbarkeit aufeinander sind bereits Konstitutionsmerkmale der Parsonsschen Systemarchitektur gewesen, also nicht neu (vgl. Baum/Lechner 1987).

Für die Sozialpolitikanalyse ist Luhmanns Hypothese jedoch unabhängig von der Hierarchiefrage relevant (was dann natürlich auch für Parsons gilt), wie Stefan Huf in einer anregenden Arbeit rekonstruierte: die Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft vor allem des 20. Jahrhunderts mit ihrer Umstellung von stratifikatorischer auf funktionaler Differenzierung war ein hoch riskanter Prozess. Es war die Funktion staatlicher Sozialpolitik, diesen Modernisierungsprozess zu flankieren. Erst durch Sozialpolitik wurde die funktionale Ausdifferenzierung der Marktökonomie möglich, wurden Kapitalismus und Demokratie kompatibel, Exklusionsdynamiken verhindert und die Inklusion

der Gesamtbevölkerung in die Leistungssysteme der modernen Gesellschaft garantiert (vgl. Huf 1998, 1998a).<sup>6</sup> Huf spitzt die bei Luhmann angelegte Leitunterscheidung „zwischen *reaktiv-kompensatorischen* und *konstitutiv-gestalterischen* Modernisierungsbeiträgen staatlicher Sozialpolitik“ (Huf 1998a, S. 16) zu und führt starke Argumente für die konstitutiv-gestalterische Funktion der Sozialpolitik an. Das relativiert im übrigen jene kulturpessimistische Deutung Luhmanns aus dem Jahr 1983, wonach „mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates das politische System eine eigene Evolution beginnt. (...) Der Verfassungsstaat war im wesentlichen durch politische Theorie induziert und entsprechend planmäßig realisiert worden. (...) Eine solche Glanzleistung praktisch gewordener Theorie wird sich im Falle des Wohlfahrtsstaates nicht wiederholen (...). Dadurch dass auf der Grundlage (nicht: unter Überwindung!) des Verfassungsstaates der Wohlfahrtsstaat entstanden ist, geht das politische System von theoretisch fundierter Planung in Evolution über. Es geht dann nicht mehr um Realisieren eines Konzepts, sondern um Hinausschieben der Destruktion.“ (Luhmann 1983, S. 31) Warum aber sollte der Einbau von wissenschaftlicher Reflexivität in die Sozialpolitik nicht möglich sein?

### 3. Ein Vorschlag nach Parsons und Luhmann

Fasst man Parsons' und Luhmanns Implikationen für die Wohlfahrtsstaatstheorie knapp zusammen, so scheint für Parsons Vergemeinschaftung *das* Thema der modernen Gesellschaft und darin insbesondere auch des Wohlfahrtsstaates zu bilden. Würde man daran eine Theorie des Wohlfahrtsstaates anschließen, so könnte man vor allem auf die dialektische Spannung zwischen Ausdifferenzierung und Interpenetration der gesellschaftlichen Teilsysteme abstellen. Dabei müsste man sich darüber klar werden, ob man Parsons' Theoriearchitektur für nützlich hält.

---

<sup>6</sup> Die Umstellung von stratifikatorischer auf funktionale Differenzierung war schon vor dem Eintritt in die wohlfahrtsstaatliche Evolution abgeschlossen. Luhmann machte freilich darauf aufmerksam, dass die Ausdifferenzierung von Teilsystemen immer neu möglich ist. Hier wird behauptet, dass die Ausdifferenzierung der Marktökonomie, jene „Great Transformation“ (Karl Polanyi) der Moderne, d.h. der flächendeckende Abbau einer Subsistenz- und Familienwirtschaft, durch Sozialpolitik erst vollständig möglich wurde (vgl. auch Alber 2001).

	<i>Subsystemfokus der Sozialpolitik</i>	<i>Soziologische Theorieelemente</i>	<i>sozialpolitisches Deutungsmuster</i>
<b>Talcott Parsons</b>	gesellschaftliche Gemeinschaft / Treuhandsystem	(multiple) Integration, Doppelhierarchie	Voluntarismus, Vergemeinschaftung
<b>Niklas Luhmann</b>	politisches System / Staat	Evolution (statt Planung und Weltgeist), Autopoiesis	Überforderung, Ethisierung

Abbildung 1: Sozialpolitikbezug Parsons-Luhmann im Vergleich

Für Luhmann schien – kühn gedeutet - in seinen letzten Arbeiten, vor allem in „Die Politik der Gesellschaft“ (Luhmann 2000), der Wohlfahrtsstaat eine Art Moralisierung und Ethisierung zu erfahren. Erstens durch ihn selbst. Wir erinnern an seine Formulierung, dass die nötige Rückschneidung des Wohlfahrtsstaates nicht dazu führen „sollte“, „eine Lawine der Exklusionen auszulösen“ (ebd., S. 427). Wenn ein Soziologe in dieser Weise von „sollen“ spricht, kommt einem das Diktum von Weber aus dem Jahr 1904 in den Sinn: „Sozialpolitik“ sei „die Darlegung von Idealen“, aber: „wir denken nicht daran, derartige Auseinandersetzungen für ‚Wissenschaft‘ auszugeben“ (Weber 1988, S. 157). Während Luhmanns moralisches Argument (moralisch im kantschen Sinn als Wahl zwischen gegebenen Mitteln) in „Politik für den Wohlfahrtsstaat“ vor allem auf Anspruchsbegrenzung zielte und dadurch moralisch anspruchslos kam, wirkt das „Sollen“ der Exklusionsvermeidung anspruchsvoller. Die „Ethisierung“ wiederum ist weniger Luhmanns Anliegen (wenn unter Ethik das Operieren mit Letztwerten verstanden wird), als vielmehr eine Tatsache der gesellschaftlichen Evolution. Denn auf der Tagesordnung dürften – exemplarisch zu erinnern an Huntingtons „Clash of civilisations“ – weitestreichende Normen- und Wertkonflikte zu stehen, im kleineren wie im globalen Kontext. Kann die Sozialpolitik hier relevante Inklusionsangebote machen, durch das Bildungssystem, die Organisation sozialer Hilfe und so weiter? Und wenn sie dies tut, also eine Evolution zulässt, wirkt die realisierte Gerechtigkeitskonzeption Sozialpolitik dann nicht als praktische Ethik?

Nach Parsons und Luhmann wäre die Soziologie aufgerufen, den Wohlfahrtsstaat im Kontext der Gesellschaft zu analysieren und daraus Folgerungen zu ziehen. Eine „politi-

sche Theorie“ des Sozialstaats allein, wie sie zuletzt höchst elaboriert Frank Nullmeier vorgelegt hat (Nullmeier 2000), würde der Soziologie nicht genügen. Mit Parsons und insoweit ein Stück gegen Luhmann wäre zu zeigen, dass es eben nicht „nur“ politische Probleme sind, die den Sozialstaat beschäftigen. Die Fragen der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“ und des vierten Teilsystems – man könnte es „Legitimationssystem“ nennen – sind viel zu eng mit den politischen Problemlösungen verknüpft.

Parsons wie Luhmann präsentierten Vorschläge, die Sozialpolitik beziehungsweise den Wohlfahrtsstaat in einer Art Topographie der Gesellschaft zu verorten. Abschließend soll eine Skizze angedeutet werden, wie diese Topographie dynamisiert, konkretisiert und insoweit auch „praktische“ Theorie werden kann. Es handelt sich dabei um ein *work-in-progress*, das zunächst explorativ zu einer gesellschaftstheoretischen Fundierung der Sozialpolitik aus soziologischer Sicht gedacht war (vgl. Opielka 1996, Opielka 1997). Sie verdankt ihre zentrale, auf Hegel zurückweisende „reflexionslogische“ Struktur den Arbeiten des Sozialphilosophen Johannes Heinrichs (v.a. Heinrichs 1976).<sup>7</sup>

Soziale Systeme müssen vier grundlegende Problemdimensionen berücksichtigen, wenn sie integriert und das heißt über einen Zeitraum hin stabil sein sollen. Zum ersten geht es im Prozess des sozialen Lebens um das *Problem der Anpassung an die Objektwelt* und um ihre Gestaltung durch Technologien und wirtschaftliches Handeln. Es stellt sich zweitens das *Problem des Umgangs mit Interessen und Macht* sowie um ihre soziale Gestaltung durch politisches Handeln. Als drittes muss das *Problem der Kommunikation der Mitglieder des sozialen Systems* gelöst werden. Hier sind Gestaltungsformen für die zwischenmenschlichen Beziehungen und ihre Hervorbringung durch Sozialisationsprozesse notwendig. Es handelt sich dabei um die soziale Organisation affektiver Bedürfnisse, des weiteren aber auch um die soziale Organisation von Prozessen gegenseitiger Anerkennung und von Kommunikation im engeren Sinn. Diese Organisation erfolgt durch gemeinschaftliches Handeln. Schließlich muss viertens das *Problem des Sinnbezugs* in zweierlei Hinsicht gelöst werden: soziales Handeln im weitesten Sinn muss selbst gedeutet werden und Kommunikation darüber muss möglich sein, ob nun eher metaphorisch oder in wissenschaftlicher Strenge. Und die Beziehung zu nicht-

---

<sup>7</sup> Hinsichtlich der soziologischen Begründungen und Folgerungen weicht sie in einigen wesentlichen Bereichen allerdings von Heinrichs ab, insbesondere was die Konstituierung des Gemeinschafts- und des Legitimationssystems betrifft (vgl. dazu ausführlich Opielka 1996, auch Opielka 2002).

sozialen Sinnquellen - das Absolute, Göttliche - muss gestaltet werden. Dies geschieht durch legitimatorisches Handeln. Entsprechend dieser Problemsicht spreche ich deshalb von den vier Dimensionen des sozialen Handelns: der adaptiven, der strategischen, der kommunikativen und der metakommunikativen Dimension. In Bezug auf das System Gesellschaft spreche ich von den vier Dimensionen des wirtschaftlichen, politischen, gemeinschaftlichen und legitimatorischen Handelns (Level 1 bis 4).

Die Vierstufigkeit von Handlungen konstituiert die *Viergliederung* sozialer (und anderer) Handlungssysteme, hier die Gesellschaft. Strukturelle Subsysteme sind (reflexions-)logisch abgrenzbare Handlungsbereiche innerhalb eines Gesamtsystems. Sie sind zu unterscheiden von generalisierten Institutionen (bzw. Steuerungssystemen) als typischen Handlungsmustern innerhalb eines strukturellen Subsystems. Ich unterscheide sie als strukturelle Subsysteme der Gesellschaft:

(1) das physische Anpassungssystem, das im sozialen System Gesellschaft Technologie und Wirtschaft bedeutet, oder allgemeiner: das ökonomisch-ökologische System; ich spreche hier verkürzt von *Wirtschaft*;

(2) das auf strategischem Handeln basierende Interessen- und Machtsystem, das in einer Gesellschaft als politisches System auftritt: *Politik*;

(3) das gesellschaftliche Kommunikations- und Sozialisationssystem, wobei Kommunikation nicht nur Informationsvermittlung meint, sondern zwischenmenschliche Beziehungen und Vergemeinschaftungsprozesse damit allgemeiner: das sozial-kulturelle System. Ich spreche hier vom strukturellen Subsystem *Gemeinschaft*.

(4) abschließend das System des metakommunikativen Handelns oder Sinn-Handelns, das fundierende Legitimationssystem, das sich in einer modernen Gesellschaft vor allem als wissenschaftliches und als religiös-weltanschauliches System konstituiert. Ich spreche hier von *Legitimation*.<sup>8</sup>

Bei den vier Ebenen handelt es sich um *reflexionslogisch konstituierte* Handlungssysteme, die sich im Sinne einer dialektischen Subsumtion (d.h. das allgemeine Prinzip findet sich in jedem Konkreten) nochmals je in sich differenzieren können. Die interne

---

<sup>8</sup> Im Unterschied zu den strukturellen Subsystemen bestehen konkrete Subsysteme eines sozialen Systems aus den diesem System untergeordneten Einheiten, aus Gruppen, Organisationen und Institutionen. Man kann somit *strukturelle* und *konkrete Subsysteme* der Gesellschaft unterscheiden.

Differenzierung der Subsysteme lässt sich, wie in der allgemeinen Systemtheorie, so deuten, dass sie jeweils in System-Umwelt-Beziehungen zueinander stehen. Der Prototyp dieser horizontalen System-Umwelt-Relation kann in der intersubjektiven Beziehung gesehen werden. Das Prinzip der dialektischen Subsumtion gibt damit eine reflexionslogische „Relation“ an - neben der reflexiv-vertikalen (bei Parsons: kybernetischen) und der horizontalen System-Umweltrelation -, die beide Relationsfiguren ergänzt: nämlich das Prinzip der *Interpenetration*; Teilsysteme interpenetrieren „sich“ logisch, insoweit innerhalb jedes Teilsystems wieder die Logik des Ganzen auftaucht.<sup>9</sup> Es ist dieses Konzept der Interpenetration, das Talcott Parsons zuerst für eine Handlungs-Systemtheorie fruchtbar gemacht (und heute Richard Münch), das er aber nicht als dialektisch subsumtiv konzipierte. Neben den drei genannten Relationen zwischen Teilsystemen - (a) der reflexiv-vertikalen bzw. „kybernetischen“ Relation, (b) der horizontalen System-Umwelt-Relation sowie (c) einer dialektisch-subsumtiven bzw. interpenetrativen Relation - besteht noch eine weitere *umfangslogische* Relationsmöglichkeit: hier „mischen“ sich strukturelle oder konkrete Teilsysteme, ohne dass sich ihre jeweilige Logik dadurch verändert. Diese „Mischungen“ - die in der politischen Soziologie bzw. der soziologischen Sozialpolitik der Gegenwart beispielsweise in der Diskussion des sogenannten „welfare-mix“ angesprochen werden - bezeichne ich (d) als *Interferenzen*.

Anders als die von Parsons vertretene These, wonach die Integration eines sozialen Systems immer auf Level 3 erfolgt (in Gesellschaftssystem hat das Gemeinschaftssystem die Funktion „integration“), scheint innerhalb der hier skizzierten „Theorie der Vergliederung“ die weiterreichende These plausibler, wonach die Integration eines sozialen Systems - hier der Gesellschaft - durch *alle* vier Systemfunktionen erfolgt.<sup>10</sup> Man könnte von *multipler* oder *Vierfachintegration* sprechen. Ohne dies zu vertiefen, soll hier nur die Vermutung angeführt werden, wonach die vier Integrationsformen - entsprechend

---

<sup>9</sup> So verfügt die Wirtschaft - unter dem Gesichtspunkt ihrer Gliederung in strukturelle Subsysteme - über ein technologisches Subsystem (Level 1), ein politisches Subsystem, wo es um Macht und Recht geht (Level 2), ein gemeinschaftliches, wo es um Solidarität, Arbeitsteilung (vgl. Durkheim) und Kooperation geht (Level 3) und ein legitimatorisches Subsystem, wo es um dessen Werte geht, und zwar sowohl um die Wertmaßstäbe (Geld) wie um die Sinnbedingungen des wirtschaftlichen Handelns (Level 4).

<sup>10</sup> Vgl. auch Bernhard Peters (Peters 1993, S. 114), der - im Rahmen einer Dreier-Typologie - ebenfalls die These einer multiplen Integration durch alle Integrationstypen vertritt. Die Vorstellung einer „multiplen Integration“ verwendet zuletzt auch Richard Münch (Münch 1995).



ihrer handlungstheoretischen Fundierung - je spezifisch und nicht aufeinander reduzierbar sein dürften (ähnlich argumentiert auch Luhmann). Ein soziales System benötigt immer alle vier Integrationsformen und sucht dabei nach einer Balance, die - je nach seinem Differenzierungsgrad und seinen Umweltbeziehungen - sehr unterschiedlich gestaltet sein kann; Integration ist damit ein „Erfolgsbegriff“ (Peters 1993, S. 92), sie kann nicht nur gelingen (oder nicht) und das Scheitern von Integration auf einer Ebene bedeutet noch nicht zwangsläufig Auflösung des Systems.

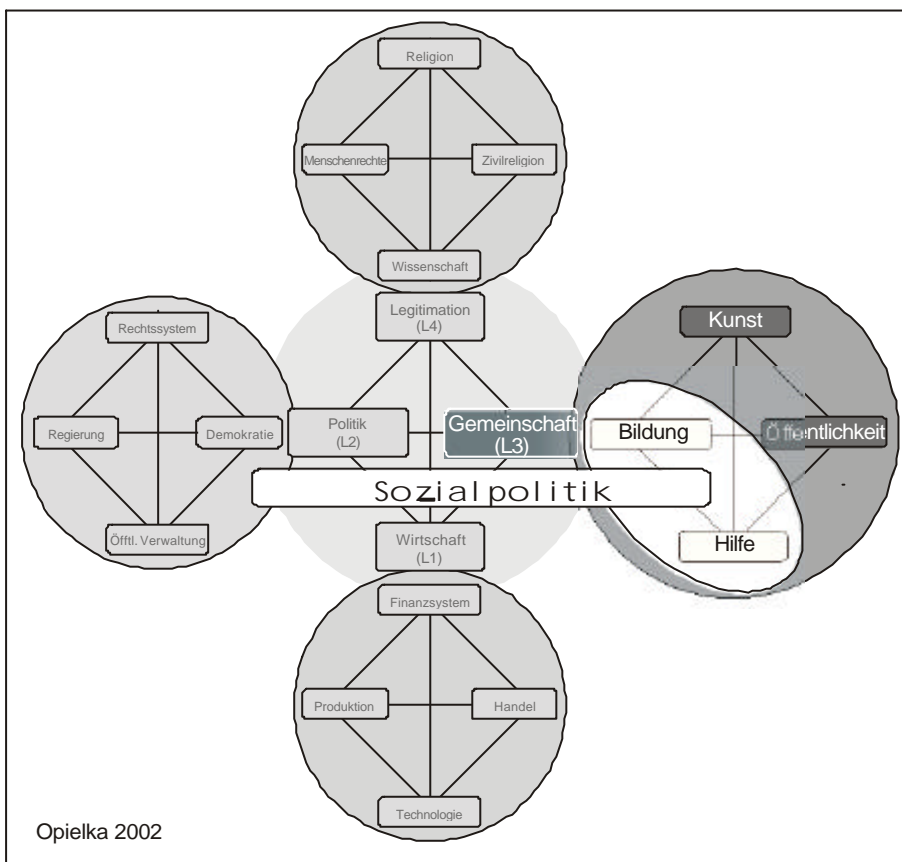


Abbildung 2: Die Sozialpolitik innerhalb der Viergliederung der Subsysteme der modernen Gesellschaft

In Abbildung 2 wird die Viergliederung der Subsysteme der modernen Gesellschaft graphisch so präsentiert, dass die Sozialpolitik eine Art Interferenz-System bildet. Sie hat als Politik ihre Verankerung innerhalb des Politiksystems. Zugleich organisiert sie funktionale Äquivalente wie neue Rekombinationen von und zu wirtschaftlichen, gemeinschaftlichen und legitimativen Formen der Wohlfahrtsproduktion.

Die hier vorgenommene Skizze (ausführlich: Opielka 1996) soll andeuten, dass der Kontext des Wohlfahrtsstaates in einer an Parsons anschließenden, wenngleich ihn erheblich variierenden theoretischen Perspektive erhebliches analytisches Potential birgt. Die abschließend vorgestellte Hypothese soll die Idee der Viergliederung – als Analyse des Ist-Zustandes – synchron, in der Zeitachse variieren, zu einer Art Dreigliederung, zumindest aber soll sie verdeutlichen, dass die gesellschaftlichen Teilsysteme vermutlich einer erheblichen Varianz unterliegen werden. Die Hypothese lautet: Auch das Legitimationssystem löst sich auf. Es differenziert sich als letztes aus – Religion und Wissenschaft werden einerseits zu eigenständigen Funktionssystemen, verlieren damit aber zugleich ihr bis in die Moderne gültiges – mit Parsons – informationelles Steuerungspotential für die Gesamtgesellschaft.

Fassen wir die Betrachtungen zur Sozialpolitikrelevanz von Parsons und Luhmann zusammen, dann ergibt sich eher ein Blick aus dem Adlerhorst. Wir erfahren etwas über die funktional konstitutive Rolle des Wohlfahrtsstaates in der Entstehung der modernen Gesellschaft. Wir sehen Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen und darin die vermittelnde und integrierende Wirkung der Sozialpolitik. Wir erfahren bei beiden Soziologen vordergründig wenig über konkrete sozialpolitische Systeme und Institutionen. Bei genauerer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass zentrale Elemente des modernen sozialpolitischen Diskurses vor allem in Deutschland mehr oder weniger explizit auf den differenzierungs- und den – hier noch nicht thematisierten - medientheoretischen Annahmen von Parsons und Luhmann aufbauen (vgl. z.B. Kaufmann 2002, S. 37ff.). Wenn heute Begriffe wie „welfare mix“ verwendet werden, vage Chiffren wie „zwischen Staat und Markt“, Triaden wie „Markt, Staat, Gemeinschaft“ oder „Markt, Staat, Solidarität“ eine Rolle spielen, dann lassen sich diese Begriffe – die im günstigen Fall als „Idealtypen“ formuliert werden – regelmäßig auf die Parsonssche und Luhmannsche Theoriearchitektur zurückbeziehen – und auf deren im vorigen erörterten Differenzen.

Für die Analyse konkreter sozialpolitischer Institutionen wurde die „große“ soziologische Theorie erst selten nutzbar gemacht. Das ist auch schwer (vgl. z.B. Opielka 1997, 1999, 2000, 2001), zumal jeder derartige Versuch stets mit dem Vorwurf der Reifikation rechnen muss (vgl. Esping-Andersen 1998, Rieger 1998). Da die Sozialpolitiktheorie

jedoch regelmäßig mit Typologien hantiert – beispielsweise in der beliebten Trias „Sozialversicherung – Fürsorge – Versorgung“, sollte es Soziologen nahe liegen, diese verstehen zu wollen.

## Literatur

- Alber, Jens, 2001, *Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt?*, in: Allmendinger, Jutta (Hrsg.), *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000*, Opladen: Leske + Budrich, S. 1148-1209
- Barber, Bernard/Gerhardt, Uta (eds.), 1999, *Agenda for Sociology. Classic Sources and Current Use of Talcott Parsons' Work*, Baden-Baden: Nomos
- Baum, Rainer C./Lechner, Frank J., 1987, *Zum Begriff der Hierarchie: Von Luhmann zu Parsons*, in: Baecker, Dirk u.a. (Hrsg.), *Theorie als Passion. Niklas Luhmann zum 60. Geburtstag*, Frankfurt: Suhrkamp, S. 298-332
- Bleses, Peter/Vobruba, Georg, 2000, *Zur gesellschaftstheoretischen Integration sozialer Sicherheit. Neuere Beiträge zur Soziologie der Sozialpolitik*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 4, 10. Jg., S. 563-569
- Esping-Andersen, Gøsta, 1998, *Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates*, in: Lessenich/Ostner 1998, S. 19-56
- Fligstein, Neil, 2000, *Verursacht Globalisierung die Krise des Wohlfahrtsstaates?*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 3, S. 349-378
- Gerhardt, Uta, 1998, *Normative Integration moderner Gesellschaften als Problem der soziologischen Theorie Talcott Parsons'*, in: *Soziale Systeme*, 4. Jg., 2, S. 281-313
- dies./Barber, Bernard, 1999, *Introductory Essay: The Parsons Agenda*, in: Barber/Gerhardt 1999, S. 9-50
- Heinrichs, Johannes, 1976, *Reflexion als soziales System. Zu einer Reflexions-Systemtheorie der Gesellschaft*, Bonn: Bouvier
- Holton, Robert J./Turner, Bryan S., 1986, *Reading Parsons: Introductory Remarks*, in: dies., *Talcott Parsons on economy and society*, London/New York: Routledge & Kegan Paul, S. 1-24
- Huf, Stefan, 1998, *Sozialstaat und Marktökonomie – oder: wie voraussetzungsvoll ist funktionale Differenzierung?*, in: *Soziale Systeme*, 4. Jg., 2, S. 359-385
- dies., 1998a, *Sozialstaat und Moderne. Modernisierungseffekte staatlicher Sozialpolitik*, Berlin: Duncker & Humblot
- Kaesler, Dirk (Hrsg.), 2002, *Klassiker der Soziologie. Band II: Von Talcott Parsons bis Pierre Bourdieu*, 3. Aufl., München: Beck
- Kaufmann, Franz-Xaver, 2000, *Der deutsche Sozialstaat als Standortbelastung? Vergleichende Perspektiven*, in: Leibfried, Stephan/Wagschal, Uwe (Hrsg.), *Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen, Reformen, Perspektiven*, Frankfurt/New York: Campus, S. 171-198
- dies., 2002, *Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität*, in: Münkler, Herfried/Fischer, Karsten (Hrsg.), 2002, *Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung*, Berlin: Akademie Verlag, S. 19-54

- Leisering, Lutz, 1997, *Wohlfahrtsstaatliche Dynamik als Wertproblem*, in: Gabriel, Karl u.a. (Hrsg.), *Modernität und Solidarität. Konsequenzen gesellschaftlicher Modernisierung*, Freiburg u.a.: Herder, S. 251-273
- ders., 2001, *Ambivalenz und Immanenz. Die soziologische Kritik am Wohlfahrtsstaat*, in: Allmendinger, Jutta (Hrsg.), *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000*, Opladen: Leske + Budrich, S. 1210-1237
- Lessenich, Stephan, 2000, *Soziologische Erklärungsansätze zu Entstehung und Funktion des Sozialstaats*, in: Allmendinger, Jutta/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.), *Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen*, Weinheim/München: Juventa, S. 39-78
- ders./Ostner, Ilona (Hrsg.), 1998, *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt/New York: Campus
- Luhmann, Niklas, 1965, *Grundrechte als Institution*, Berlin: Duncker & Humblot
- ders., 1980, *Talcott Parsons - Zur Zukunft eines Theorieprogramms*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 9, S. 5-17
- ders., 1981, *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München/Wien: Olzog
- ders., 1983, *Der Wohlfahrtsstaat zwischen Evolution und Rationalität*, in: Koslowski, Peter u.a. (Hrsg.), *Chancen und Grenzen des Sozialstaats. Staatstheorie, Politische Ökonomie, Politik*, Tübingen: Mohr, S. 26-40
- ders., 1988, *Warum AGIL?*, in: *KZfSS*, Jg. 40, 2, S. 127-139
- ders., 1990, *Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral. Rede anlässlich der Verleihung des Hegel-Preises 1989*, Frankfurt: Suhrkamp
- ders., 2000, *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp
- Marshall, Thomas H., 1992, *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt/New York: Campus
- Münch, Richard, 1982, *Theorie des Handelns. Zur Rekonstruktion der Beiträge von Talcott Parsons, Emile Durkheim und Max Weber*, Frankfurt: Suhrkamp
- ders., 1984, *Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften*, Frankfurt: Suhrkamp
- ders., 1991, *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp
- ders., 1995, *Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 1, S. 5-24
- ders., 1998, *Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp
- ders., 1999, *The Problem of Order: Sixty Years after The Structure of Social Action*, in: Barber/Gerhardt 1999, S. 211-232
- ders., 2002, *Talcott Parsons (1902-1979)*, in: Kaesler 2002, S. 24-50
- Nullmeier, Frank, 2000, *Politische Theorie des Sozialstaats*, Frankfurt/New York: Campus
- Offe, Claus, 1998, *Der deutsche Wohlfahrtsstaat. Prinzipien, Leistungen, Zukunftsaussichten*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 8, S. 359-380
- Opielka, Michael, 1996, *Gemeinschaft in Gesellschaft. Elemente einer Soziologie der Viergliederung gesellschaftlicher Integration*, Diss., Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin
- ders., 1997, *Leitlinien einer sozialpolitischen Reform*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48-49, S. 21-30

- ders., 1997a, *Familienpolitik im Wohlfahrtsstaat*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 5, S. 337-364
- ders., 1999, *Politik im Wohlfahrtsstaat*, in: *Sozialer Fortschritt*, 12, S. 313-317
- ders., 1999a, *Integration durch Hilfe und Bildung. Sozialtheoretische Aspekte sozialpädagogischen Handelns*, in: Treptow, Rainer/Hörster, Reinhard (Hrsg.), *Sozialpädagogische Integration. Entwicklungsperspektiven und Konfliktlinien*, Weinheim/München: Juventa, S. 69-81
- ders., 2000, *Grundeinkommenspolitik. Pragmatische Schritte einer evolutionären Reform*, in: *Zeitschrift für Gemeinwirtschaft*, 38. Jg., N.F., 3-4, S. 43-59
- ders., 2001, *Familie und Familienpolitik*, in: Konrad, Franz-Michael (Hrsg.), *Kindheit und Familie. Beiträge aus interdisziplinärer und kulturvergleichender Sicht*, Münster: Waxmann, S. 227-247
- ders., 2002, *Glauben und Wissen in der Politik. Zu den Folgen Hegels im modernen Staat*. Vortrag auf dem Internationalen Hegel-Kongress, Jena 2002, Ms.
- Parsons, Talcott, 1969, *Politics and Social Structure*, New York: Free Press
- ders., 1969a, *Full Citizenship for the Negro American?*, in: Parsons 1969, S. 252-291
- ders., 1975, *Gesellschaften. Evolutionäre und komparative Perspektiven*, Frankfurt: Suhrkamp
- ders., 1978, *Action Theory and the Human Condition*, New York/London: Free Press/Macmillan
- ders., 1979, *The American Societal Community*, unpublished Manuscript, Harvard University Archives HUG (FP) 42.45.1, Box 1-2
- ders., 1985 (1971), *Das System moderner Gesellschaften*, Weinheim/München: Juventa
- Parsons, Talcott/Platt, Gerald M., 1990 (1973), *Die amerikanische Universität. Ein Beitrag zur Soziologie der Erkenntnis*, Frankfurt: Suhrkamp
- Peters, Bernhard, 1993, *Die Integration moderner Gesellschaften*, Frankfurt: Suhrkamp
- Rieger, Elmar, 1998, *Soziologische Theorie und Sozialpolitik im entwickelten Wohlfahrtsstaat*, in: Lessenich/Ostner 1998, S. 59-89
- ders., 1999, *Zur „Theorie“ der Sozialpolitik und des Wohlfahrtsstaates. Der Beitrag Max Webers*, ZeS-Arbeitspapier 14/99, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik
- Stichweh, Rolf, 1998, *Zur Theorie der politischen Inklusion*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 4, 8. Jg., S. 539-547
- ders., 2002, *Niklas Luhmann (1927-1998)*, in: Kaesler 2002, S. 206-229
- Weber, Max, 1988 (1904), *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, 7. Aufl., Tübingen: Mohr, S. 146-214
- Wenzel, Harald, 1991, *Die Ordnung des Handelns. Talcott Parsons' Theorie des allgemeinen Handlungssystems*, Frankfurt: Suhrkamp
- ders., 2002, *Jenseits des Wertekonsensus. Die revolutionäre Transformation des Paradigmas sozialer Ordnung im Spätwerk von Talcott Parsons*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 4, 12. Jg., S. 425-443

Michael Opielka

*Biographie:* Prof. Dr., Dipl.-Päd.; geb. 1956; Studium der Rechtswissenschaften, Erziehungswissenschaften, Philosophie und Ethnologie in Tübingen, Zürich und Bonn; Promotion in Soziologie (Humboldt-Universität zu Berlin); derzeit Habilitation an der Universität Jena. Seit 2000 Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, Fachbereich Sozialwesen. Geschäftsführer des Institut für Sozialökologie in Königswinter; Lehrbeauftragter am Seminar für Soziologie der Universität Bonn. *Forschungsgebiete:*

Sozialpolitik, Familienforschung, Wissenssoziologie, Ästhetik, Psychoanalyse. *Wichtigste Veröffentlichungen:* „Umbau des Sozialstaats“ (Hrsg., mit Ilona Ostner), Essen 1987; „Gemeinschaft in Gesellschaft“, Bonn 1997; „Erziehungsgehalt 2000“ (mit Christian Leipert), Bonn 1998.